



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: 181,74 neue Planstellen für Tarifbeschäftigte der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 18 (Landespolizei) wird im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) der Ansatz für das Jahr 2018 von 180.182,5 Tsd. Euro um 4.728,3 Tsd. Euro auf 184.910,8 Tsd. Euro angehoben.

Die Mittel dienen der Finanzierung von 181,74 neuen Planstellen für Tarifbeschäftigte (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) in den EGr. E 2 bis E 13.

Die Stellen werden im Nachtragshaushaltsgesetz differenziert nach Entgeltgruppen geschaffen, der entsprechende Änderungsantrag liegt vor.

Begründung:

Neben den nach dem Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2018 neu geschaffenen Planstellen für Beamtinnen und Beamte in verschiedenen Besoldungsgruppen für die Landespolizei sollen auch 181,74 Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Bereich der Landespolizei neu ausgebracht werden. Im Einzelnen handelt es sich um eine Stelle in der EGr. E 13, eine Stelle in der EGr. E 11, sieben Stellen in der EGr. E 10, 36,25 Stellen in der EGr. E 9, 21,49 Stellen in der EGr. E 8, sieben Stellen in der EGr. E 7, 19 Stellen in der EGr. E 6, 50 Stellen in der EGr. E 5, zehn Stellen in der EGr. E 4, 23 Stellen in der EGr. E 3 und sechs Stellen in der EGr. E 2. Die Stellenneubesetzung soll zum 01.07.2018 erfolgen.